



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1918

422 (10.9.1918) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-178133](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-178133)

Badische Neueste Nachrichten

Wurzelpresse: Die 1. Hälfte, Kolonietiefe 40 Dg., Füllmenge 50 Dg., Reifemilch M. 2., **Leuerungszug** 30%, **Schmelzpunkt** 110°, **Umschlagzeit** vom 9. u. 11. Uhr, **Abkühlzeit** nachm. 2. u. 4. Uhr. Für das jetzige an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. **Seitenspreiße** in Mannheim und Umgebung monatl. M. 2.— mit **Bräutigams**, **Doblinger**, **Ortler**, **M. 2. u. 4. Uhr**, **Einzelverkauf**. Bei der **Debit** aber M. 2. u. 4. Uhr, **Einzelverkauf** 10 Dg.

Siegreiche Abwehr in den neuen Stellungen.

Nationalliberale Blätter wie die Radeburger Zeitung und die auf dem rechten Flügel des Freiheits stehende Wiener-Zeitung wiesen bereits in den letzten Tagen auf jenseitige Treibereien hin, die ihr Ziel auf dem Wege einer weiteren „Parlamentarisierung“ der Regierung errichten wollten. Als heftigst wurde dabei noch der internationalliberale Abg. Frhr. von Richthofen genannt, ein Gefinnungsgenosse des Abg. Junk. des Inspirators des Belgischer Tageblatts. Wir lassen einstweilen dahingestellt, welche Verhältnisse in dieser Sache eine führende Rolle gespielt haben; wir haben auch auf eine Behandlung der Angelegenheit verzichtet, solange darüber lediglich allgemeine Andeutungen in deutschen Blättern vorliegen. Nachdem sich „das Eriel der Gerüchte“ aber bis zu greifbarer, bestimmt auftretenden Maßnahmen in der Presse des Auslandes — und das ist innerpolitisch für uns doch wohl auch noch die Wiener Presse — verbreitet hat, ist es unumgänglich, diesem Treiben sofort mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Wir freuen uns feststellen zu dürfen, daß die führenden Organe der nationalliberalen Partei darin völlig mit uns übereinstimmen. Das Belgischer Tageblatt ist ein Musterstücker, wie es deren liberale ab-

Nachgebende Politiker in der nationalliberalen und natürlich aus denselben Gründen in der Zentrumsgruppe werden es mit Recht sich verbieten, mit „Parlamentarisierung“ Bestrebungen in Verbindung gebracht zu werden, die auf eine innerpolitische Krise nach dazu in der dafür denkbar ungünstigsten Zeit hinsteuern. Wieweit Sozialdemokratie und Fortschrittliche Volkspartei hinter den langwierigen Krisen des Vorwärtss in der Frankfurter Zeitung stehen, wird sich noch erweisen müssen. Man wird sich auch in diesen Parteien sagen, daß bei einer Krise doch wohl noch einiges andere auf dem Spiele stünde: daß insbesondere, wenn die Regierung die im Einvernehmen mit der gegenwärtigen Reichstagsmehrheit ins Leben trat, gefährdet würde, damit in erster Linie die Frage dieser Reichstagsmehrheit selbst auf die politische Tagesordnung gesetzt würde. Wie gesagt, wir glauben nicht, daß die Krisentreiber den beabsichtigten Erfolg haben wird, aber trotzdem bleibt es Pflicht, diesem unter allen Umständen schädlichen Treiben und seiner Verdrängung zu politischen Voraussetzungen sofort mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

Die Frankfurter Zeitung aber läßt nicht locker. Sie erklärt heute, die Reichstagsmehrheit werde sich beim nächsten Zusammentritt des Reichstags Anfang November oder auch schon früher vergewissern, ob die Reichsregierung jetzt selbst entschlossen und stark genug sei, offen und ehrlich die Politik eines Verständigungsfriedens zu vertreten, deren Grundzüge in der bekannten Entschließung der Reichstagsmehrheit niedergelegt seien und die bisher an Anhänger gewonnen habe. Ferner werde sich die Mehrheit, die auf diesem Gebiet noch größer sei, Gewißheit verschaffen, ob die Reichsregierung für die inneren Reformen, vor allem also für das gleiche Wahlrecht in Preußen, mit Erfolg einzutreten wolle und könne. Dann kommt eine Drohung. Wenn die Reichsregierung für diese Forderungen der Mehrheit nicht eintreten wolle oder könne, so würde ein Personenwechsel innerhalb der Regierung sehr nahe liegen und sicher auch nicht ausbleiben.

Es ist klar, daß diese Ausführungen in der Hauptsache auf den Grafen Hertling abzielen, der den Kreisen der „Frankfurter Zeitung“ vor allem gegenüber der Obersten Heeresleitung, sei es sei es als Führer und überzeugter Anhänger des gleichen Wahlrechts in Preußen.

Die Friedensbemühungen der Mittelmächte. Bucian schlägt eine informative Aussprache unter den kriegführenden Parteien vor.

Wien, 10. Sept. (M.B. Nichtamtlich.) Bei dem Empfangsabend, den der Wiener Journalisten- und Schriftstellerverein „Concordia“ heute zu Ehren der in Wien weilenden Vertreter der reichsdeutschen Presse veranstaltete, begrüßte zunächst der Präsident des Vereins Dr. Ehrlich die Gäste, worauf der Minister des Äußern Graf Bucian folgende Ansprache hielt:

Es sei mir gestattet, die hochgeehrten Herren Vertreter der deutschen Presse, die in unsere Mitte gekommen sind, hiermit im Namen der gemeinsamen Regierung herzlich willkommen zu heißen und meiner Freude darüber Ausdruck zu verleihen, daß mir dadurch Gelegenheit gegeben ist, einen Teil dankbarer Anerkennung abzugeben für die wahrhaft bundesbrüderliche Haltung der Deutschen Österreich-Ungarn gegenüber während des ganzen Krieges. Meine hochgeehrten Herren, ich will nicht die Worte machen über die Leistungen der deutschen Presse im Weltkrieg. Sie wurden oft an allen Berufen Stellen gerühmt. Wir alle müssen, wie glänzend die Presse im Deutschen Reich ebenso wie bei uns ihre Aufgabe unter den schwierigsten Verhältnissen, unter dem Zwang der Kriegsgesetze und Materialbedürfnisse geleistet hat und welche Verdienste um die gemeinsame Sache sie sich erworben durch Information, Aufklärung, Anreizung und Beruhigung der Bevölkerung, sowie durch Unterstützung der öffentlichen Meinung in ihrer vorantreibenden Tätigkeit.

Ich möchte hier nochmals darauf hinweisen, wie tief die deutsche Presse den Bundesgedanken hineingebracht hat. Das Bündnis, das mit Deutschland vereinigt ist, nicht bloß ein papierenes Dokument, dessen Klauseln wir uns punktuell zu erfüllen begnügen. Das Bündnis wurde ein organischer Bestandteil unserer politischen Lebens. Daher ist der wichtigste Ausbau des Bündnisses nicht eine Zufallskomposition der Zweckmäßigkeit, sondern die logische Folgerung seiner, einer rein deutschen Friedens- und Lebensbedeutung.

Dieser organischen Charakter des Bündnisses brachte mit die deutsche Presse in der Feuerprobe dieses Krieges stets zum Ausdruck und zur Geltung. Wenn wir einen Blick auf die langen und schrecklichen Kriegsjahre werfen, so finden wir in der deutschen Presse Treue und Hilfsbereitschaft für den Verbündeten. Dafür sei ihr immerwährender Dank.

Meine hochgeehrten Herren! Es soll hiermit nicht gemeint sein, daß die deutsche Presse sich das Recht der Kritik über Österreich-Ungarische Dinge, oder die Freiheit einer Meinungsäußerung über uns verlagert habe. Das hätten wir nie erwarten dürfen und wir können ihr auch diesbezüglich keinen Vorwurf machen. Unsere Presse hat es an Freimütigkeit da, wo sie Anlaß zu haben glaubte, auch nicht fehlen lassen.

Wenn es kommt alles auf den Geist an, in dem die Kritik geübt wird, und sie ist bei der deutschen Presse stets der Geist freundschaftlichen Strebens nach Verständigung. Da, wo wir mit ihren Urteilen über unser Verhältnis auch nicht voll übereinstimmen, haben wir nie an dem guten Glauben der betreffenden Verbündeten gezweifelt, das ist wohl verständlich neben der unerschöpflichen Hilfe von Anregung und Stärkung, die wir aus der deutschen Presse schöpfen konnten. Daß diesfalls und jenseits unserer Grenzlinie zwischen Unzulänglichkeiten und Unzulänglichkeiten in Erscheinung treten konnten, kommt daher, daß wir uns noch immer zu wenig kennen und zu wenig in das Grundverständnis beider unserer Staaten und der Völker eingedrungen sind. Wir müssen und besser kennen lernen.

Meine hochgeehrten Herren! Dies alles kann nicht so wirksam wirken wie der Besuch, mit dem Sie uns heute erfreuen. Zahlreichen von Autorität schaffen eine wirkliche Annäherung, wenn sie zusammenkommen. Es ist als ob ungezählte Tausende in Berührung getreten wären. Erst ist der Augenblick, meine hochgeehrten Herren, in welchem Ihr Besuch bei uns fällt. Wir wissen es hoch einzuschätzen, daß Sie in einem solchen Augenblick zu uns kommen. Große Sorge drückt uns, aber wir kennen keine Verzweiflung. Sie können sich überzeugen, daß wir ebenso wie in Deutschland ohne Furcht und Verheimlichung aufrecht im Verteidigungskampfe stehen und jede Verantwortung ablehnen für die uns vom Feinde täglich nutzlos und verwerflich aufgezwungene Verlängerung. Kein Teil kann bis zum Ende des Krieges des Ausganges sicher sein, aber es ist von keinem Teil zu erwarten, daß er auf die Möglichkeit des militärischen Sieges verzichtet. Das eine jedoch ist sicher, daß es noch fürchterlich viel Blut und unzählige Generationen jüngerer Generationen und viel Leid kosten müßte, bis das Ende durch ein militärisches Niederbringen eines Gegners erreicht würde, wenn dies überhaupt möglich ist, und es fragt sich, ob der Gedanke nicht ein Fessel an der Menschheit ist, den der Mensch sich selbst auferlegt, das gewiß haben und drücken verbesserungsbedürftig, aber auch verbesserungsfähig ist, ganz niederzulegen zu wollen, um auf den Teilnehmern das Zukunftsparadies anzudeuten, das aber den Feind hat, nach der Vernichtungsmethode unserer Gegner nur mit viel zu großen Opfern geschaffen werden zu können.

Man zähle die bisherigen und dann die noch kommenden Katastrophen dieses Krieges und frage sich, ob es verantwortet werden kann, um solchen Preis Kriegsziele erzwingen zu wollen.

wenn das Prinzip der Gerechtigkeit vorangestellt wird, ohne auch nur zu prüfen, ob nicht bei billiger Anwendung jener Prinzipien auch ohne Fortsetzung des ganz zwecklos gewordenen zerstörungswertes eine Verständigung errichtet werden könnte, wie sie unseren Gegnern wiederholt angeboten wurde. Es ist nicht denkbar, daß selbst die zurechtstichigste Hoffnung auf den Endsieg es der gegnerischen Seite gestatten könnte, sich auf die Dauer der Lieberzeugung zu verschließen, ob sie dennoch die ungenutzten Anstrengungen und Opfer rechtfertigen kann, um Prinzipien durchzusetzen, die nicht ihr Monopol sind, oder um die innere Angelegenheiten anderer Völker zu ordnen, die das ganz gut selbst besorgen können. Ich glaube, eine sorgfältige und aufrichtige Prüfung würde viele auf der andern Seite zu der Einsicht bringen, daß man dort vielleicht für imaginäre Dinge kämpft.

Meine hochgeehrten Herren! Es mag eine undenkbar Sache sein, dem Gegner seine eigene Einsicht vermitteln zu wollen. Der feindliche Verband kann sich aber, wenn er will, leicht überzeugen, daß er in allen Fragen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, der zukünftigen Völkerverhältnisse bei unserem Bunde keinen Widerstand, sondern eigenem Fortschrittsbedürfnis begegnen wird, ebenso aber auch dem Entschluß, für unser gutes Recht uns auch weiter handhaft einzusetzen. Unsere Gegner mögen nun dazu Gelegenheit geben, in ruhiger Rede und Gegenseite. Es ließe sich an legendäre informelle Aussprache denken, die noch längst keine Friedenshandlung wäre, alles zu erörtern und abzumachen, was die kriegführenden Parteien heute noch einander trennt und es würde vielleicht keines weiteren Kampfes bedürfen, um sie einander nahezubringen.

Meine hochgeehrten Herren! Ich möchte Ihnen keine wackelige Friedenssicht vorzulegen in einem Augenblick, wo noch das Kriegsgeschehen die Welt schüttelt. Ich möchte aber vor Ihnen dem Frieden sprechen, weil wir ihn eifrig wollen. Gewiß ist, daß in allen kriegführenden Ländern eine stetig zunehmende Anzahl von eifrig Denkenden besteht. Wir wollen zu gegenseitiger Verständigung nach Kräften beitragen und die Wege ebnen helfen mit verständlichem Sinne, aber solange es nötig, ausstehen in treuer, entschlossener gemeinsamer Arbeit. Sie aber, meine sehr geehrten Herren, und Ihre hochgeschätzten Berufsleute in unserem Lande sind berufen, auch weiter, wie Sie es bisher getan, an der großen Aufgabe mitzuwirken, daß dieser Geist, der unsere heillosen Truppen besetzt, der unsere tapferen Bevölkerung im Hinterland hält, alle Verden und Entbehrungen zu ertragen, geküßt und gepflegt wird. Ihr ferneres Wollen sei von Segen und Erfolg gekrönt.

Darauf erhob sich der kaiserlich deutsche Völksherr von Wedel zu folgenden Ausführungen:

Meine sehr geehrten Herren! Dem Herrn Präsidenten der Koncordia bin ich dankbar, daß er mir durch seine lebenswichtige Einladung Gelegenheit gegeben hat, den heutigen Abend miteinander zu verbringen, und daß die Diplomatie und Presse verbunden die Berufe, verbunden insofern, als sie ähnliche Aufgaben haben. Die Presse hat die hohe Aufgabe, die Wahrheit zu verkünden. Was gut und dauernd ist auf dieser Welt beruht auf der Erkenntnis der Wahrheit, das Unrecht hat seinen bleibenden Bestand. Man kann wohl sagen, die Diplomaten haben die Aufgabe, die Wahrheit zu verheimlichen. Das ist ein Scherzwort, zurecht ist es nicht, aber besser gesagt, nicht mehr. Es mag eine Zeit gegeben haben, wo es keine Richtigkeit hatte. Mir scheint die Zeit vor, als die Diplomaten in den Salons der feinen Bomben der Antikambrien mußten, um ihre Ränke zu spinnen und auf Umwege ihre Ziele zu erreichen.

Das sind längst vergangene Tage. Das Kapitel der modernen Diplomaten ist das Vertrauen, Vertrauen dabei und Vertrauen im Lande seiner Beglaubigung. Ein Diplomat, der kein Vertrauen genießt, wird schwer gute Erfolge erzielen.

Es gehört zu unserer Aufgabe, Verständnisse zu fördern, das heißt für die Verständnisse und Vorgänge im Lande unserer Anwesenheit und hier umgekehrt für die Verständnisse und Vorgänge in der Heimat. Auch die Presse hat die Aufgabe, aufklärend zu wirken.

Sie wendet sich mehr an die Öffentlichkeit, der Diplomat vorzugsweise an die Regierungen. Das muß Hand in Hand gehen und muß harmonisieren und darum, meine Herren, erlauben mir auch Ihr Vertrauen. Wir legen auf vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Presse allergrößten Wert. Österreich-Ungarn und Deutschland sind Nachbarstaaten, durch die geographische Lage und politischen Verhältnisse darauf angewiesen, in enger Freundschaft miteinander zu leben. Die Voraussetzung einer geliche Freundschaft ist ein sicheres Vertrauen. Auf einem Schiefer stehen beruhigt, Vertrauen und Zuneigung. Die Verständnisse sind verschieden haben und drücken, aber diese Verständnisse braucht durchaus kein Hindernis zu sein der innigen Beziehungen.

Man muß die Verschiedenheit nur verstehen, man muß sie gelassen lassen, achten und berücksichtigen. Hier aufklärend zu wirken, ist eine dankbare Aufgabe für die Diplomatie und ebenso für die Presse. Schopenhauer sagt, es sei eine der weitesten Lebensaufgaben, die Menschen zu nehmen, wie sie sind und nicht, wie wir sie haben möchten. Das gilt im Völkerverleben. Wo man sich ganz versteht, verstimmt die Kritik und macht einer wohlwollenden und gerechten Beurteilung und Berücksichtigung Platz. Wir sind ja leider oft gezwungen in dieser neidischen Welt zum Kampf zu rufen, aber eine schmerzliche und beschwerende Aufgabe ist es gewiß, Freundschaft zu pflegen mit Dingen, die ihrer Welt sind und sie zu erwidern. Patriot sein heißt, nicht das Ausland, sondern das Vaterland lieben und ihm dienen je nach der Art des Berufs.

Wir aber, Diplomaten, Schriftsteller und Vertreter der Presse, wir kämpfen mit geistigen Waffen und unsere vornehmste Aufgabe wird es immer bleiben moralische Eroberungen zu machen für unser Vaterland. Moralische Eroberungen kann man aber nur machen, wenn man die Weltansicht anderer versteht und berücksichtigt. Den Wunsch möchte ich heute in dieser anwesenden Gesellschaft zum Ausdruck bringen, daß es einer harmonischen, vertrauensvollen und gleichberechtigten Zusammenarbeit von Diplomatie und Presse gelingen wird, die alte glänzende Freundschaft zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich zu fördern, zu festigen und zu vervollkommen zum Heile unserer geliebten Heimatlande.

Wien, 10. Sept. (M.B. Nichtamtlich.) Die Wiener Allgemeine Zeitung, wohnt den reichsdeutschen Pressevertretern einen Begrüßungsartikel, worin ausgeführt wird, daß in dem Besuche der deutschen Verbündeten der Gegenseitigkeit gütige trete, die in vier Jahren des Weltkrieges die Presse des Deutschen Reiches und unserer Monarchie um ein großes und hohes Ziel vereinigten. Es war nicht zum geringsten die Tat der beiderseitigen Presse, welche die Beziehungen der benachbarten Völker begut und pflegte. Sie merkten bei jedem Schritt in unsere Stadt führen, daß hier der alte Mann wahrer Treue und echter Zuversicht steht, daß der Geist der ihnen entgegensteht, die Bewährung des guten Ausganges aus allen Verwicklungen und der Rat der letzten Jahre ist.

Lloyd George schweigt.

c. Von der schweizerischen Grenze, 10. Sept. (Br. Tel. g. R.) „Daily Express“ berichtet: Lloyd George erklärte Parlamentariern gegenüber, er sehe für seine Person keine Veranlassung auf die Rede des Staatssekretärs Goll zu erwidern.

2315 000 Stimmen für die Friedensentschließung der englischen Gewerkschaften.

c. Von der schweizerischen Grenze, 10. Sept. (Br. Tel. g. R.) „Daily News“ zufolge beträgt das genaue Abstimmungsergebnis im englischen Gewerkschaftskongress in Derby bei der großen Entscheidung vom Mittwoch, welche eine Kriegsführung aus imperialistischen Gründen oder infolge früheren Verträgen behin-

gungslos verworfen hat, 2 315 000 Stimmen für diese Friedensentschließung und nur 432 000 dagegen.

Die Ergebnisse des italienischen Ministerrats.

Bern, 10. Sept. (M.B. Nichtamtlich.) Die Mailänder Blätter veröffentlichen eine gemündete Stephani-Nachricht über den gestrigen Ministerrat. Wie in wohlinformierten parlamentarischen Kreisen berichtet wurde, sei dabei eine Einigung über die internationale Politik erfolgt. Nach der Kammereröffnung, vielleicht schon vorher, werde eine öffentliche Bekanntmachung über die Uebereinstimmung der italienischen Kriegspolitik mit der der Alliierten erfolgen. Dem Corriere della Sera zufolge verbietet die Zensur jeden Kommentar zu dieser Meldung.

Bern, 10. Sept. (M.B. Nichtamtlich.) Der „Matin“ teilt mit, daß der amerikanische Kriegsminister Baker augenblicklich in Frankreich sei. Der kurze Besuch des Generals Diaz wird mit der Anwesenheit Bakers in Verbindung gebracht.

Letzte Meldungen.

Ein sozialpolitischer Zusatzvertrag zum Brest-Litovsk.

Q. Berlin, 10. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) Wie der „Vorwärts“ erzählt, schweben ernste Verhandlungen über einen neuen sozialpolitischen Zusatzvertrag zum Frieden von Brest-Litovsk. Inhalt der neuen Abmachung sollen Arbeiterkompensationen sein. Mit dieser Abmachung komme die Regierung einem Wunsch des Reichstages entgegen, der in einer Entschließung verabschiedet hat, daß bei künftigen Friedensverträgen auch die internationale Arbeiterfrage geregelt würde.

Sitzung des Bürgerausschusses

am Dienstag, den 10. September.

Oberbürgermeister Dr. Ruge eröffnet um 8.30 Uhr die Sitzung in Anwesenheit von 75 Mitgliedern. Die Galerie ist im Hinblick auf die Wichtigkeit der Tagesordnung schon besetzt. Vor dem geschlossenen Saal der Stadträte Dr. Stern und Tschagg, des Obermanns des Stadtvorstandes, Vorlesers, Pfeiffer, und des Stv. Kramer (Geg.) liegt ein Rosenarrangement.

Oberbürgermeister Dr. Ruge nimmt der Mitarbeit der Zivilen warme Worte. Der 25 Jahre dem Bürgerausschuss angehört, habe eine wichtige erprobte Tätigkeit ausübt. Wenn die Stadt einer nicht immer treuen Mithilfe immer wieder die Mängel mangel, so sei das ein Zeichen der Eignung des Ausschusses für sein Amt. Hier folgte Männer seien heute zu ehren, im September 1885 trafen sie in die Kasse ein. Der Vorleser findet dann für die allgemeine und spezielle Tätigkeit der Jüdische die rechten Worte und gibt dem Glückwunsch der Stadt beifolgt Ausdruck.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Allgemeine Bemerkungen zu den Maßnahmen der Stadt auf dem Gebiet des Wohnungswesens.

Oberbürgermeister Dr. Ruge weist darauf hin, daß diese Beschlüsse nur das „Büchlein“ zu den übrigen Vorlagen sei. Es liegt deshalb nahe, in eine Generalberatung über das gesamte Gebiet der Wohnungsfürsorge einzutreten. Er werde jedenfalls nichts dagegen haben, wenn sich in die allgemeinen Bemerkungen auch solche spezieller Natur mischen würden.

Stv. Reifner (Geg.) nimmt Bezug auf die Belästigung des städtischen Landes, daß in Mannheim nach Kriegsschlach etwa 3000 Wohnungen benötigt werden. Dem Gedanken der Umwandlung der Gefangenenbaracken in Kleinwohnungen stehe die sozialdemokratische Partei ablehnend gegenüber. Die Leute, die dort wohnen sollten, kämen als als ausgeschlossen vor. Die Errichtung eines Wohnungsamtes sei zu begründen. Im Stadteil Waldhof könnten eine Reihe von Wohngruppen ausgebaut werden, es fehle meist an der materiellen Unterstützung der betr. Hausbesitzer, da müsse helfend eingegriffen werden. Das Mietungsamt habe schon recht gut gewirkt. Bezüglich des Handlungsverbot und der Mietbeschränkung ist der Redner der Ansicht, daß das ein zweischneidiges Schwert sei, das Mieter und Vermieter manchmal unangenehm werden könnte. Schließlich widmet Stv. Reifner den Neugründungen der Siedlungsgesellschaft und der Gartenheim-Vereinsgesellschaft der Aufmerksamkeit nach einige Ausführungen. Er glaubt nicht, daß die Neugründungen notwendig gewesen wären, ein Anlaß an die bestehenden Genossenschaften wäre vorzuziehen gewesen. Seine Forderung werde den Vorlagen aber zustimmen. Die zur Besserung der Wohnungsverhältnisse unternommenen Schritte müßten weitergeführt und rascher gefördert werden.

Stv. Wendling (Mitte) bemerkt ebenfalls, es sollten alle Kräfte angespannt werden, daß möglichst bald gebaut werde. Es müsse nicht nur neu gebaut, sondern die vorhandenen Wohnungen möglichst ausgenutzt werden. Redner ist für kein Verbot der Mietsteigerungen, sondern wie bei Verkauf und Einkauf von Gütern für staatliche Genehmigung. Er hoffe zuversichtlich, daß auch in Baden bald eine entsprechende Verfügung komme. Dem Mietungsamt widmet der Redner ebenfalls Anerkennung. Ohne behördliches Eingreifen sei allerdings keine durchgreifende Besserung zu erzielen, vielmehr müsse der Eingabe mitwirken. Er müsse eine öffentliche Auflage gegen die Mieter Mannheim richten. Man habe die große Mühe, den wöchentlichen Mietern nur zu machen, daß sie verpflichtet seien, tatkräftig mitzuwirken. Im übrigen könne bezüglich der Wohnungsfürsorge nicht viel Neues gesagt werden. Neues enthalte dagegen die Schrift des Oberbürgermeisters über Mietzuschuß, die im allgemeinen wärmere Anerkennung verdiene. Die hier niedergelegten Gedanken sollten in irgend einer Weise veröffentlicht werden.

Stv. Herz (Rechte. Sp.) glaubt, daß die Abwanderung nach dem Lande nach dem Kriege nicht sehr stark werde und daß die Bevölkerung im großen Ganzen hier bleiben würde. Zur Regelung der Wohnungsverhältnisse sei es notwendig, daß behördlich eingegriffen werde in ähnlicher Weise wie auf dem Lebensmittelmarkt. Unsere Stadtverwaltung habe alle Wege beschritten, Reich und Staat müßten ihre Unterstützung leisten, auch der Industrie läge diese Aufgabe ob und sie habe hier ja schon manches in dieser Beziehung getan. Redner geht dann auf die Vorlage des Oberbürgermeisters ein, die überaus beachtenswert seien. Die Vorlage zeige eine anti-kapitalistische Tendenz, sie hätte den Mittelweg ein.

Letzte Handels-Nachrichten.

Mannheimer Effektenbörse.

An der Börse lagen heute Industriaktien wieder ziemlich fest. So wurden Diogenische Maschinenfabrik zu höheren Kurse gehandelt, ferner waren höher begehrt: Verein Deutscher Oelabriken, Waggonfabrik Fiedt, Kothheimer Zellulose, Maschinenfabrik Badema, Unionwerke, Zellstofffabrik Waldhof und Zuckerfabrik Frankenthal.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 10. Sept. (W.B.) Die Börse zeigte heute eine recht zuversichtliche Stimmung. Bei wesentlich vermehrter Unternehmungsgestaltung der Verleihen merklich lebhafter. Die von der Spekulation bevorzugten Werte setzten höher ein und erfuhren im späteren Verlauf noch weitere Kursbesserungen. Größeres Interesse zeigte sich für Laurahütte-Aktien, die mehrere Prozent gewannen, dagegen schwächte sich Karowitzer ab. Rhein. Stahlaktien gaben weiter erheblich nach auf die Mitteilung der Verwaltung, daß nur eine Dividende von 12,5 Prozent zur Verteilung gelangen soll. Barmenwerke Kaufst zeigte sich für Elektrik-Aktien, auch Deutsche Kaliwerke zogen an. Russische Werte wurden lebhafter zu ansehnlichen Kursen umgesetzt. Der Anleihemarkt verhielt sich in ruhiger Haltung.

